

Wie schafft man neue Jobs?

Kurzkommentar zum Ergebnis der Hartz-Kommission:

Dies ist die Kardinalfrage. Wo sich keine überzeugenden „Dauerlösungen“ mehr finden lassen, müssen „Ersatzlösungen“ her, die wenigstens parteipolitische Aktivität in Szene setzen. Dabei wissen beliebige Politiker: neue bzw. zusätzliche Arbeitsplätze können nur in der Wirtschaft selbst geschaffen werden, sobald dazu unternehmerische Gewinnchancen entstehen. Im Zeitalter des „Shareholder values“ (= Diktatur der globalen Fondsanleger) müssen die künftigen Gewinnchancen sogar die vorherigen übertreffen – sonst droht den Managern alsbald Fremdkapitalentzug bis hin zur „feindliche Übernahme“ durch die stärkeren Wettbewerber. Derartige Horror-Szenarien belegen immer häufiger ihre alltägliche „Normalität“ in der Wirtschaftspresse. Ist es da so verwunderlich, wenn die SPD jetzt alle ihre Anstrengungen als Regierungspartei dorthin verlagert, wo die Politiker noch Einfluss ausüben können – auf die bloße *Jobvermittlung*, und dies vielleicht aus innerer Einsicht?

Krisenhafte Konjunkturverläufe verschärfen den Beschäftigungsabbau, weil alle Kapitaleigner zuerst um ihre Renditen kämpfen und danach erst um ihr abhängiges Personal. Die Fusionswellen der Konzerne und Kapitalgesellschaften setzen dann schlagartig Tausende Arbeitsplätze frei, damit die Aktienkurse wieder steigen. Den „Shareholders“ als den starken institutionellen Kapitalanlegern klingt die dramatische Zahl freigesetzter Arbeitsplätze wie Musik in den Ohren – sie hören die „Englein des Himmels“ (ihrer Renditen) jubeln. Erschrocken nimmt der kleine Mann zur Kenntnis, dass die Arbeitsplätze in den privaten Konzernen nur noch „Spielgeld“ in den Händen der Globalplayer des Finanzkapitals und der Börsenspekulanten sind, die Wertschöpfung mit steigenden Aktienkursen gleichsetzen.

Parallel dazu führt die „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte zur weiteren Reduzierung des behördlichen Personalbestandes, mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern. Hier werden also im „kostensparenden Wettlauf“ mit der freien Wirtschaft die Ausmusterungen forciert – im Namen der „Konsolidierung“. Dies zwecks angeblicher „Gerechtigkeit“ wegen der steigenden Steuerlasten der kommenden Generation. Außerdem ist die Kehrseite der bisherigen „Konsolidierung“ eine starke Verminderung der öffentlichen Investitionen und damit der Aufträge von betroffenen Branchen des Baugewerbes. Doch kaum raste die Flutkatastrophe über die Elbe-Mulde-Regionen und zerstörte die Infrastruktur und die Gebäude in riesigen Dimensionen – schon schwingen sich die Aktienkurse der Bau-Konzerne auf hoffnungsvolle Höhen neuer Gewinnverheißung.

Während die globalen marktwirtschaftlichen und die regionalen fiskalischen Zwänge immer weiter für den Zustrom von Tausenden Beschäftigungslosen in die Arbeitslosigkeit sorgen, loben die Politiker im Wahlkampf die seltene Schaffung einiger Hundert neuer Arbeitsplätze in regionalen Entwicklungszentren Ostdeutschlands und beschwören hier den Aufschwung und „neue Hoffnung“.

Wo bleibt der Ausweg, wenn auf mittlere Sicht der Zustrom in die Arbeitslosigkeit dauerhaft die neu entstehenden Arbeitsplätze weit übersteigt? Also wird jetzt der verstärkte Druck auf die Arbeitslosen mittels differenzierter Verkürzung ihrer staatlichen Alimentierung (nach der Zeitdauer und nach der Höhe der Lohnersatzleistungen) als das erste Mittel politischer Aktivität gemäß den Vorschlägen der **Hartz-Kommission** anvisiert. Organisierte Leiharbeit großen Stils soll die Arbeitslosenstatistik künftig rasch entlasten. Die Unternehmen sollen nach der Chance greifen, ihre laufenden Arbeitskosten je Stunde deutlich zu senken. In der Hand profitwirtschaftlich agierender Leiharbeitsfirmen sind die dann gelegentlich wieder Beschäftigten einem immerwährenden Druck auf ihre Lohneinkommen ausgeliefert. Es droht die Gefahr einer Jobrotation in den Unternehmen, die immer mehr Hochlohnempfänger verdrängt und Billiglöhner in Leiharbeit beschäftigt. Damit verlieren künftig auch die Gewerkschaften große Anteile ihrer noch organisierten „Stammebelegschaften“ in den privaten Unternehmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmerverbände setzt demgegenüber auf weitere „Reformen des Arbeitsmarktes“, die noch deutlichere Gewinnchancen auch in der Krise eröffnen sollen – unter dem Vorwand einer künftigen Ausweitung der Beschäftigung durch neue Jobs. Vergessen ist, dass die letzte realisierte Stufe der Eichelschen Steuersenkungen für die Kapitalgesellschaften ohne messbaren Jobzuwachs verpuffte und sogar in einer Wachstumsabschwächung den krisenhaften Rückschlag der Erweiterungsinvestitionen nicht verhindern konnte. Unentwegt wird von der neoliberalen Meinungsführerschaft öffentlich verheißen, der noch weiter flexibilisierte und „reformierte“ Arbeitsmarkt sei infolge der Senkung von Arbeitskosten (und damit der Gewinnerhöhung) der wichtigste Schlüssel zum Konjunkturaufschwung. Vage Aussichten in Anbetracht der riesigen Dimension ostdeutscher struktureller und subregionaler Jobmisere.

Die SPD steht am Scheidewege: mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission kann sie den brutalen Vorstellungen zur Senkung der Arbeitskosten bei den Exponenten der deutschen Unternehmerverbände nicht hinreichend gerecht werden, die von den globalen Finanzmärkten („Shareholder“) initiiert werden und rasch in den Unternehmen „bei Strafe ihres Untergangs“ zu realisieren sind. Da in (West-) Deutschland die Arbeitskosten je Stunde im internationalen Vergleich relativ hoch sind, soll hier der entscheidende Einbruch in die Renditehemmnisse für das Globalkapital erzwungen werden. Mit der Senkung der durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitsstunde sinken die daraus resultierenden Abgaben an die Sozialkassen, d.h. der Sozialstaat schrumpft bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen weiter. Die SPD-Politik verzögert derzeit den forcierten und unbeschränkten Druck der Unternehmerverbände zur Arbeitskostensenkung zwecks Erhöhung von Renditen im Interesse ihrer Stammwählerschaft.

Vorerst hat nun der Wähler das Wort, der seine Interessenlage in deren parteigebundener oder politischer Akzeptanz und Vertretung erkennen sollte. Inzwischen kann der Wähler noch besser zwischen unterbestimmten Wahlverheißungen und der Realität unterscheiden.